Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

8.6.1864 (No. 133)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 8. Juni.

Nr. 133.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Wien,** 7. Juni. Bei dem gestrigen Bürgermeister-Banket hielt der ungarische Hofkanzler, Graf Zichy, eine Tischrede, worin er sagte, Wiens und Ungarns Zukunft könne kaum getrennt gedacht werden. Im innigen Anschluß Ungarns an Oesterreich beruht Beider Glück. Ich sehe das Heil Ungarns nur in dem Gedeihen Gesammtösterreichs; es findet im Kaiserstaat seine Stütze, die Garantie seiner Individualität, seines Prosperirens, seiner Zukunft. Darum — indem ich das Wohl der Reichshauptstadt ausbringe, trinke ich auf das Wohl des ganzen Oesterreichs und hoffe, daß die Vertreter Ungarns bald in dem Reichsrathe Platz nehmen werden.

Dresden, 6. Juni. (W. T.-B.) Das „Dresden. Journ." berichtet, daß der Erbprinz Friedrich von Augustenburg heute Vormittag aus Dolzig hier eingetroffen ist und dem König einen Besuch gemacht hat.

† **Dresden,** 7. Juni. Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein ist — die Reise nach Wien vorläufig aufgebend — über Berlin nach Kiel abgereist.

Hadersleben, 6. Juni. (W. T.-B.) Auf der Anhöhe Bonghoeved bei Hadersleben beschlossen 6000 Nordschleswiger nachfolgende Erklärung: Die von den Bevollmächtigten Frankreichs und Englands zu der Londoner Konferenz vorgeschlagene Theilung Schleswigs widerstreitet unsern wichtigsten Lebensinteressen; wir betrachten sie als das größte Unglück, das uns treffen kann. Wir wollen nimmer von Schleswig abgeschnitten, nimmer Dänemark einverleibt werden.

† **London,** 7. Juni. In der gestrigen Konferenzsitzung schlug Dänemark eine Verlängerung der Waffenruhe auf 14 Tage vor. Preußen verlangte eine zweimonatliche. Graf Bernstorff will den dänischen Vorschlag befürworten. Falls die Frist ohne Verständigung abliefe, soll der Krieg wieder beginnen.

† **London,** 7. Juni. Unterhaussitzung vom 6. d. Lord Palmerston bemerkt in Beantwortung einer Interpellation Osborne's: Die nächste Konferenzsitzung sei noch nicht festgesetzt, weil die Bevollmächtigten Instruktionen erwarten; zweifelsohne werde indeß vor dem 12. d. wieder eine Sitzung stattfinden und es sei Grund zu hoffen vorhanden, daß eine Verlängerung der Waffenruhe werde erzielt werden. Osborne, Lenox, Disraeli und Fitzgerald beklagen die Heimlichthuerei gegenüber dem Parlament; die Regierung habe die Konferenz angeblich zur Erhaltung des Londoner Vertrags berufen, dieser werde jedoch geopfert. Lord Palmerston erklärt, Enthüllungen wären vorerst pflichtwidrig.

London, 6. Juni. (Köln. Ztg.) In der heutigen Konferenzsitzung haben die deutschen Mächte den Russell'schen Theilungsvorschlag verworfen. Darauf wurde derselbe von den dänischen Bevollmächtigten als Ultimatum aufgestellt.

Bern, Montag, 6. Juni. Der Bundesrath hat den Rekurs gegen die basellandschaftliche Regierung, als zunächst an den Landrath von Baselland gehörig, abgewiesen. Sein Entscheid gibt zu verstehen, daß der Rekurs der Aufhebung des Bußdekrets dahinfalle; zugleich wird andererseits gegenüber der Regierung von Baselland die Nichtbefolgung der Einladung des Bundesraths, die Abstimmung einzustellen, mißbilligt.

* Neu-York, 28. Mai. Goldagio 88, Wechsel auf London 207. Baumwolle 103.

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Juni. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 21 enthält das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und über das Notariat.

Frankfurt, 6. Juni. Die Autographische Korrespondenz veröffentlicht folgendes Aktenstück:

An die Schleswig-holsteinischen Vereine und Ausschüsse. Nach den übereinstimmenden Berichten öffentlicher Blätter ist vor die Londoner Konferenz der Vorschlag gebracht worden, einen Theil des Herzogthums Schleswig mit Holstein, einen Theil mit Dänemark zu verbinden. Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein solches Abkommen, falls es getroffen würde ohne die frei und unzweideutig ausgesprochene Einwilligung des Volkes, verwerflich und nichtig wäre. Wird über das Schicksal Schleswigs auf Grundlage des bisherigen Rechtszustandes entschieden, so weiß man, daß dieses Land seit ältester Zeit von der Eider bis zur Königsau ein Ganzes war, getrennt von Dänemark und eng verbunden mit Holstein. Wird aber die Entscheidung nicht aus Gründen des Rechts, sondern aus politischen Erwägungen geschöpft, so muß darüber vor Allem die Stimme der Bevölkerung gehört werden, deren ganze Zukunft von dem verhängnißvollen Ausspruch abhängt. Dieses Recht der Bevölkerung geltend zu machen, ist die Pflicht des Bundes, dem die Vertheidigung Holsteins und seiner Verbindung mit Schleswig obliegt; ist die Pflicht Preußens und Oesterreichs, die mit dem Blut ihrer Landeskinder Schleswig befreit haben; ist die Pflicht aller Mächte, die einen dauernden Friedenszustand begründen wollen — denn die gewaltsame Theilung Schleswigs wäre ein Keim des Unfriedens und neuer Kämpfe. Die Schleswig-holsteinischen Vereine in Deutschland, wenn sie unsere Ueberzeugung theilen und unserer Forderung zustimmen, laden wir ein, dies öffentlich auszusprechen, damit Niemand im Zweifel darüber sei, daß das deutsche Volk die eigenmächtige Zerreißung Schleswigs als eine unverantwortliche That verurtheilen würde. Frankfurt a. M., 3. Juni 1864. Die geschäftsleitende Kommission der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen. Dr. Müller. Brater.

Stuttgart, 4. Juni. Der „Sch. M." schreibt: In neuerer Zeit sind dem ständischen Ausschuß zwei Geh.-Raths-Reskripte von Bedeutung zugegangen: das eine betrifft die Einsetzung des Ministerraths und gibt thatsächliche Erläuterungen, welche geeignet sind, lautgewordene Bedenken vollständig zu beseitigen, wie sich denn ja auch das größere Publikum davon überzeugen konnte, daß die wichtigsten Regierungshandlungen von Sr. Maj. dem König selbst vorgenommen werden; das zweite Reskript entspricht bezüglich des Komplexlastenablösungs-Gesetzentwurfs der im März d. J. von der Zweiten Kammer an die Regierung gerichteten Bitte um eine Erklärung hinsichtlich des Verhaltens der Regierung zu einem etwaigen Vorgehen der deutschen Bundesversammlung wider die Ablösungsgesetze von 1848 und 1849. Zweifelsohne wird sich nun die Ablösungskommission mit der Detailberathung des Gesetzentwurfs über die Komplexlasten baldigst beschäftigen. Die Finanzkommission soll auf Mitte Juni einberufen sein. Uebrigens ist der Hauptfinanzetat noch nicht eingebracht, und es wird, da die Finanzkommission zu ihren Arbeiten mindestens eines Vierteljahres bedürfen möchte, die Einberufung der Ständeversammlung vor dem Oktober nicht zu erwarten sein.

München, 6. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Der König hat diesen Mittag den aus Augsburg hier eingetroffenen Hofrath Dr. v. Kerstorff in einer Audienz von längerer Dauer empfangen. Bei der unausgesetzten Thätigkeit, welche Hr. v. Kerstorff seit langer Zeit in der Zollvereins-Frage entwickelte, ist anzunehmen, daß die Unterredung, welche er heute mit dem König hatte, sich ebenfalls auf diese wichtige Angelegenheit bezogen hat. — Nach heute hier eingetroffenen Nachrichten wird die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich auf der Reise nach Kissingen ihren Weg nicht über München, sondern über Passau, Regensburg und Nürnberg nehmen, und am 16. d. M. in Kissingen eintreffen, wo Tags zuvor die Ankunft Ihrer Maj. der Kaiserin von Rußland erfolgen wird. Ob die Kaiser von Rußland und von Oesterreich ebenfalls sich nach Kissingen begeben, ist noch nicht bestimmt, wohl aber, daß Se. Maj. unser König in den ersten Tagen der nächsten Woche sich dahin begeben wird, um einige Tage daselbst zu verweilen.

Leipzig, 3. Juni. (D. Allgem. Ztg.) Auf die Adresse des sächsischen Gesammtausschusses für Schleswig-Holstein an Hrn. v. Beust hat Letzterer an Hrn. Geh. Kommerzienrath Harkort hier, als Vorsitzenden dieses Ausschusses, eine Antwort erlassen, die im Wesentlichen lautet:

Wenn Ew. Hochwohlgeboren bei diesem Anlaß insbesondere auf den Mangel einer Gesammtvertretung des deutschen Volkes hinweisen, so sind meine Ansichten über diesen Punkt zur Genüge bekannt. Indessen haben sich die Wünsche der deutschen Nation gerade in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, trotz jenes Mangels, so unverkennbar und so übereinstimmend kundgegeben, daß ich keinen Augenblick darüber in Zweifel sein konnte, welchen Weg ich bei den Berathungen der hiesigen Konferenz einzuschlagen habe, um der Zustimmung und Unterstützung des deutschen Volks, sowie seiner jetzt bestehenden gesetzlichen Vertretungen gewiß zu sein. Mit gutem Grunde haben Ew. Hochwohlgeboren vorausgesetzt, daß ich eher auf die Theilnahme an der Konferenz verzichten, als zu einem die Rechte und Interessen Deutschlands und der Herzogthümer verletzenden Uebereinkommen die Hand bieten werde. Glücklicher Weise jedoch ist mir die Nothwendigkeit, zwischen diesen beiden Wegen zu wählen, bis jetzt erspart geblieben; und ich halte mich nach dem seitherigen Gang der Konferenzverhandlungen für berechtigt, die zuversichtliche Hoffnung auszudrücken, daß das Ergebniß der hiesigen Berathungen ein solches sein werde, mit welchem die Bevölkerung der Herzogthümer selbst und jeder verständige deutsche Vaterlandsfreund sich vollkommen befriedigt wird erklären können. Wenn ich übrigens erst heute dazu gekommen bin, Ihr geschätztes Schreiben vom 3. l. M. zu beantworten, so hat dies lediglich in dem zufälligen Umstand seine Veranlassung, daß dieses Schreiben eine Zeit lang unter andere Papiere gerathen und mir so aus den Augen gekommen war. Mit vollkommenster Hochachtung verharre ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenster Beust. London, 27. Mai 1864.

Dresden, 4. Juni. (Dresd. J.) Den 6. d., früh 11 Uhr, geht eine größere Anzahl Mannschaften der Infanterie, Reiterei und Artillerie mittelst Extrazugs auf der Eisenbahn nach Holstein ab, zur Ablösung derjenigen Mannschaften der mobilen Armeebrigade, welche ihre gesetzliche Dienstzeit in der aktiven Armee oder eine übernommene Stellvertretung beendigt haben. Die Abzulösenden sollen den 8. d., Mittags gegen 2 Uhr, hier eintreffen.

Kiel. Das „Staatsarchiv" veröffentlicht eine schon am 10. Dez. v. J. von Hrn. Samwer im Namen des Herzogs von Augustenburg an die Höfe von Dresden, Weimar, Altenburg, Gotha, Neustrelitz und Dessau gerichtete Note wegen der Erbansprüche auf Lauenburg, die von allen diesen Höfen nicht minder als von dem Herzog von Augustenburg erhoben werden. Hr. Samwer hebt hervor, daß der Herzog in seiner Proklamation vom 16. Nov. v. J. seinen Regierungsantritt in Lauenburg nicht erklärte, wie er bezüglich Schleswigs und Holsteins gethan, sondern die älteren Rechte deutscher Häuser auf dieses Land ausdrücklich vorbehielt. Wenn aber diese älteren Rechte nicht gelten, sondern durch das in den Verträgen von 1815, die Lauenburg an Dänemark gaben, geschaffene Recht verdrängt werden sollten, so habe der Herzog von Augustenburg ein besseres Recht auf Lauenburg, als der dänische Weiberstamm, beziehungsweise Christian IX., und in diesem Sinne sei der Vorbehalt gemacht, und sei der Bundestags-Gesandte des Herzogs instruirt, darauf hinzuwirken, daß der Bund Lauenburg in Sequestration nehme und über die Erbfolge entscheide.

Aus Schleswig-Holstein. Die schleswig'sche Zivilbehörde hat ein Zirkular zur Ermittlung der Ansprüche der Staatskasse gegen Angehörige des Herzogthums erlassen, ein provisorisches Zolldirektoriat in Flensburg errichtet, und das Wiederinkrafttreten der provisorischen Wehrpflichtordnung vom 3. Sept. 1863 hinsichtlich der Seefahrtsbücher angeordnet. — Das Kanalprojekt ist so weit gediehen, daß abseiten Preußens das Nivellement und der Kostenanschlag für die Linie Eckernförder Bucht-Rendsburg-Brunsbüttel definitiv beschlossen und von den Bundeskommissären die nöthigen Arbeiten erlaubt sind. Kiel ist bestrebt, durch Darbietung einer Geldsumme die Ausmündung des Kanals sich zuzuwenden.

Berlin, 5. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Die Absicht der Neutralen, die Befragung der Bevölkerung nur auf die Successions- oder Souveränetätsfrage, nicht auf die Abgrenzung anwenden zu lassen, wird merkwürdiger Weise hier und da noch zu günstig ausgelegt. Man nimmt nämlich an, daß auf beiden Seiten der Linie abgestimmt werden solle. In diesem Fall könnten die Nordschleswiger immerhin noch für den Herzog Friedrich stimmen und damit indirekt auch gegen die Theilung oder doch gegen die von der Konferenz etwa beliebte Grenzlinie ihr Votum einlegen. Diese Absicht waltet aber, so viel man weiß, wenigstens bei der Mehrzahl der Neutralen nicht vor. Abgestimmt soll nur südlich von der durch die Konferenz gezogenen Linie werden, weil nur Diejenigen zu hören wären, deren Zustand verändert werden solle. Man darf diesen Punkt, um Täuschungen zu vermeiden, nicht unbeachtet lassen. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß Frankreich einer Befragung der Bevölkerung in den gemischten Bezirken nicht abgeneigt ist. Auch eine oft unterrichtete Pariser Korrespondenz der „Indep. Belge" äußert sich in diesem Sinne."

◇ **Berlin,** 6. Juni. Vorigen Samstag wurden die in den hiesigen Hochverrathsprozeß verwickelten Polen, welche bisher in Posen und Königsberg in Haft gehalten waren, von dort hieher gebracht und in das Moabiter Zellengefängniß befördert. An demselben Tag erfolgte auch die Uebersiedlung der bisher in der Hausvoigtei detinirten Untersuchungsgefangenen nach Moabit. Die Verhandlungen des Polenprozesses vor dem Staatsgerichtshof werden am 7. Juli ihren Anfang nehmen. Auf dem Hof des Zellengefängnisses ist bereits das Gebäude errichtet, welches als Verhandlungslokal dienen soll. Auch sind aus dem Posen'schen schon mehrere zu Vertheidigern gewählte Rechtsanwälte hieher gekommen, um für die Zwecke der Vertheidigung sich mit den betreffenden Gefangenen in persönlichen Verkehr zu setzen.

Gestern Abend ist der Prinz Friedrich Karl mit dem Nachtzug der Hamburger Eisenbahn nach Schleswig abgereist. — Auf heute Abend wird Se. M. der König von Swinemünde hier zurückerwartet. — Die Einwendungen gegen eine etwaige Verlängerung der Waffenruhe mit Dänemark auf kurze oder unbestimmte Zeit werden hier immer entschiedener. Eben so einmüthig gibt sich in weiten Kreisen der entschiedenste Widerspruch gegen das brittische Theilungs- und das französische Volksabstimmungs-Projekt hinsichtlich Schleswigs kund.

Stettin, 2. Juni. (Oder-Ztg.) An der heutigen Börse lag nachstehende Adresse an den Ministerpräsidenten v. Bismarck zur Entgegennahme von Unterschriften auf:

Stettin, 1. Juni. An heutiger Börse traf ein Telegramm von London ein, demzufolge Dänemark am 23. Mai die Wiederaufnahme der Blokade angemeldet haben soll, wofern die Konferenz bis zum 12. Juni kein Präliminarübereinkommen erzielt hat. Wo auch der Ursprung dieser Mittheilung zu suchen sein mag, es ist mit derselben eine Drohung beabsichtigt, und wir fühlen uns daher veranlaßt, Ew. Exz. zu erklären, daß eine derartige Drohung für die unterzeichneten Mitglieder der hiesigen kaufmännischen Korporation eine durchaus ohnmächtige ist, denn unsere Interessen werden durch eine Wiederaufnahme der Blokade am 15. Juni lange nicht so erheblich geschädigt, als durch eine auf kurze oder unbestimmte Zeit verlängerte Waffenruhe; und so groß auch die Opfer sind, die eine erneuerte Blokade uns auferlegt, wir bringen sie freudig, wenn dadurch jeder spätere Anlaß zu einem Krieg mit Dänemark aus den jetzt vorliegenden Ursachen vollständig beseitigt wird.

Die Adresse fand bald zahlreiche Unterschriften, darunter viele der größten Handelsfirmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

†† **Wien**, 6. Juni. Ich bin heute im Stande, Ihnen authentische Mittheilungen über den Inhalt des englischen Vermittlungsvorschlags zu machen, um welchen sich zur Zeit die Debatten der Londoner Konferenz gruppiren. Es ist behauptet worden, der Tausch mit Lauenburg sei erst nachträglich von deutscher Seite angeregt worden: — im Gegentheil, schon der englische Vorschlag stellt in bestimmtester Weise die „gänzliche Abtrennung Holsteins, Lauenburgs und des südlichen Theils von Schleswig" in Aussicht. Daß England als künftige Grenze die Schleilinie vorgeschlagen, ist im Wesentlichen richtig: die Linie soll, wie der Vorschlag lautet, „nicht weiter nördlich als die Mündung der Schlei und das Danewerk" gezogen werden, und zwar, „zur Erhaltung der Unabhängigkeit Dänemarks". Davon, daß Rendsburg nicht Bundesfestung, und Kiel nicht Bundeshafen werden soll, ist nicht speziell die Rede: der Vorschlag will vielmehr allgemein, daß „der Deutsche Bund auf dem von Dänemark abgetretenen Territorium weder Festungen errichte und beibehalte (n'érige et ne maintienne), noch befestigte Häfen (des ports fortifiés) anlege"; beides „erfordert die Sicherheit (sécurité) Dänemarks". Noch nirgends erwähnt ist die weitere Klausel des Vorschlags, daß hinsichtlich der Staatsschuld ein „billiges Arrangement" (un arrangement équitable) getroffen werden und daß Deutschland die Verpflichtung übernehmen soll, sich der „Einmischung (ingérence) in die innern Angelegenheiten Dänemarks" zu enthalten. Auch die „Wünsche der Bevölkerung" sind in dem Vorschlag ausdrücklich gewahrt, denn das Loos des südlichen Schleswigs soll „nicht ohne seine Zustimmung (consentiment) gemacht werden" (!). Den Schluß des Vorschlags endlich bildet, als eine „Forderung der Gerechtigkeit", die Uebernahme einer Garantie von Seiten der Großmächte für die „Unabhängigkeit (indépendance) des Königreichs Dänemark".

Frankreich.

Paris, 5. Juni. (Köln. Ztg.) Wenn die deutschen Mächte die Untheilbarkeit Schleswigs prinzipiell nicht mehr festhalten, so ist doch hervorzuheben, daß bei dieser Zustimmung ein großer Unterschied der Ausgangspunkte besteht, von denen aus die Vorschläge Englands, bezw. der Majorität der neutralen, und die der deutschen Mächte hervorgegangen. Wenn die Neutralen sich hauptsächlich auf die Nationalitätenfrage stützen, so gehen die deutschen Mächte — was in seiner Art nicht zu unterschätzen — zunächst vom Erbrecht des Herzogs von Augustenburg und den Verträgen aus, die das „up ewig ungedeelt" geschaffen haben. Die deutschen Mächte fordern zunächst das volle, ungeschmälerte Recht des Herzogs von Augustenburg, ohne sich um die Nationalitätenvertheilung in Schleswig zu kümmern, und betrachten mithin ganz Schleswig-Holstein als dem Kronprätendenten, dem Herzog Friedrich VIII., gehörig. Um indeß Dänemark, bezw. den neutralen Mächten ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, sind jetzt die Vertreter Oesterreichs und Preußens zu der vertraulichen Mittheilung an Lord Russell ermächtigt worden — eine Erklärung, die sie auch bereits abgegeben haben — daß sie hinreichende Instruktionen besäßen, um in die Abtrennung Nordschleswigs in einem Theil willigen zu können, die etwa dem Herzogthum Lauenburg entspräche, das Dänemark dafür an Deutschland, bezw. an das Herzogthum Schleswig-Holstein abzutreten habe. Auf diese Weise, obgleich dadurch faktisch die Theilung Schleswig-Holsteins herbeigeführt wird, denkt man das neue Recht der Nationalitäten bei Seite setzen zu können und einfach einen Ländertausch zwischen zwei Souveränen dafür zuzulassen. Es ist natürlich, daß hiedurch nur das Prinzip gerettet werden soll, und daß im Grund der Theil, den man von Nordschleswig abzutreten geneigt ist, ein an Einwohnerzahl und Flächeninhalt bedeutend größerer sein wird, als die territoriale Kompensation, die das Herzogthum Lauenburg darzubieten im Stande sein kann. Es ist hierauf ein um so größeres Gewicht zu legen, als in letzterer Zeit hier verschiedene Versuche gemacht wurden, Oesterreich, das als der Haupturheber dieser Tauschtheorie gilt, zu der Anerkennung des Prinzips der Nationalitäten zu bewegen, indem man offiziell und offiziös bemüht war, ihm darzuthun, daß ein solcher Schritt durchaus für den Bestand des österreichischen Kaiserstaates nichts Kompromittirendes involviren würde. Zunächst macht man darauf aufmerksam, daß der Fürst Latour d'Auvergne bekanntlich in London nur den Auftrag gehabt habe, zu beantragen, daß der Wille des Landes auf loyale Weise konstatirt werde, wofür nach der Ansicht der Majorität ein Spezialvotum des Landtags der Herzogthümer, ad hoc einberufen, genügt hätte. Selbst aber, wenn man das Suffrage universel in Anwendung hätte kommen lassen, fügte man in diesen Auseinandersetzungen hinzu, würde dies durchaus nicht die politischen Konsequenzen nach sich ziehen, die Oesterreich für Ungarn, Galizien, Venedig 2c. zu fürchten scheine. Man erinnerte dabei an die bekannte Depesche des Grafen Sartiges vom 25. Dez. 1862 an Drouyn de Lhuys, in welcher der damalige Gesandte in Turin das Recht, durch ein Suffrage universel über sich selbst zu bestimmen, nur dann für zulässig erklärt, wenn ein erledigter Thron zu besetzen ist, der Stimme des Volkes überall da aber das Recht zur Kreirung von Gewalten bestreitet, wo ein gesetzlich okkupirter Thron bereits existirt. Da man nun aber in den Herzogthümern, die jetzt materiell total von Dänemark getrennt seien, das allgemeine Stimmrecht, bezw. Nationalitätsprinzip nur dann ausdrücklich in Anwendung bringen zu wollen erkläre, wenn Dänemark selbst eingewilligt, die Frage von diesem Standpunkt aus zu betrachten, bezw. zu lösen, so läge in der Anerkennung dieses Prinzips nichts, was Oesterreich bedenklich machen oder zurückschrecken könnte. Dennoch scheint, daß diese Beweisführung für Oesterreich wenig Verführerisches gehabt, da trotz der Anstrengung, der sich besonders Drouyn de Lhuys durch Wort und Schrift unterzogen, ein Erfolg in dieser Beziehung bisher nicht zu registriren war, und diese Tauschtheorie noch immer diejenige ist, die von Oesterreich insbesondere vorzüglich betont wird.

Paris, 5. Juni. Man schreibt der „N. Pr. Ztg.": „Die Reise des hiesigen dänischen Gesandten Grafen Moltke nach London hat zu verschiedenartigen Auslegungen Veranlassung gegeben, als deren wahrscheinlichste ich folgende anzuführen nicht zaudere. Das Tuilerienkabinet, gereizt durch die Hartnäckigkeit der dänischen Diplomatie in London, hat dem dänischen Vertreter am Hofe von Paris deutlich zu verstehen gegeben, daß, wenn der Wiederausbruch des Krieges in Folge der Weigerung Dänemarks, den Waffenstillstand zu verlängern, stattfinden sollte, Frankreich den deutschen Mächten kein Hinderniß in den Weg legen würde, wenn diese ihre militärische Aktion auch selbst bis Kopenhagen verfolgten. Man glaubt, daß die vereinigte preußisch-österreichische Flotte jetzt der dänischen vollkommen gewachsen sei. Was nun den endlichen Ausgang der Sache betrifft, so meine ich nicht irre zu gehen, wenn ich, auf den mir gemachten Mittheilungen fußend, behaupte, daß es sich jetzt nur noch um die Frage handelt, wie weit gegen Norden die Grenze der vereinigten Herzogthümer gezogen und in welcher Weise die Bevölkerung dabei gefragt werden soll. Der englische Vorschlag der Schleilinie ist nicht ernstlich; eben so wenig die Chikane des Lord Russell in Sachen Kiels und Rendsburgs; es ist ihm übrigens schon in der vorigen Sitzung bemerkt worden, daß es den europäischen Mächten nicht eingefallen sei, die Umwandlung Rastatts in eine Bundesfestung als eine internationale Angelegenheit zu betrachten. Dieses Präzedens allein genüge, um die Reklamation Englands, was Kiel und Rendsburg anbelange, als nicht stichhaltig erscheinen zu lassen. Das ist im Wesentlichen die Lage in diesem Augenblick nach mehrtägigen, sehr lebhaften Unterhandlungen."

♁ **Paris**, 6. Juni. Die Nachrichten aus Tunis lauten stets ernster. Die Revolution hat faktisch bereits die Hauptstadt erreicht, wo Zaouasbanden unter sehr beunruhigenden Demonstrationen die Straßen durchziehen. Die französische Regierung scheint mehr und mehr geneigt, eine bewaffnete Intervention zu Gunsten des Beys zu machen und zu dem Behuf ein bedeutendes Truppenkorps an's Land zu setzen. England bekämpft jedoch diese Absicht unter dem Vorgeben, daß die Landung fremder Truppen unvermeidlich das Signal zur Niedermetzlung aller Europäer in der Regentschaft sein würde. — Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserl. Prinz reisten heute nach Fontainebleau ab; Se. Maj. wird zweimal wöchentlich nach den Tuilerien kommen, um den Ministerberathungen zu präsidiren. — Gestern hat das große Pferderennen im Boulogner Holz mit dem Preise von 100,000 Fr. stattgefunden. Als „Vermout" (Hrn. Delamarre gehörend) zuerst das Ziel erreichte, brach ein außerordentlicher Jubel aus; Alles applaudirte, schrie, die Männer schwenkten die Hüte, die Frauen die Taschentücher, und ein ungeheures Hoch auf den Kaiser erschallte weithin über die Landschaft. Es war dies mehr eine anti-englische als dynastische Demonstration, aber die überaus zahlreich anwesenden Engländer waren taktvoll genug, noch lauter zu schreien als die Anderen. — In Marseille sind in diesem Augenblick behufs Einweihung der Kapelle „Notre Dame de la Garde" und der an die Bavaria zu München erinnernden Riesenstatue der heil. Jungfrau 54 Erzbischöfe und Bischöfe, darunter 4 Kardinäle, vereinigt.

Dem „Moniteur" zufolge gelang es einem geschickten Manöver des Generals Jusuf, einen Theil der aufständischen Stämme der Djebel-Amour zu zwingen, „Aman" zu erbitten. In der Provinz Oran erlitten die Rebellen eine neue Niederlage; sie werden in den Mittelpunkten der Rebellion energisch verfolgt. Trotz dieser günstigen Nachrichten dauern die Truppensendungen und die Verwarnungen der algierischen Blätter ununterbrochen fort. — Aus Mexiko lauten die Privatnachrichten fortwährend wenig erbaulich. In Matamoros kam es zu einer Kollision zwischen Franzosen und Mexikanern, wobei ein Franzose um's Leben kam. — Der franz. Gesandte in Rom wurde, wie der „Abend-Moniteur" meldet, vom Papst empfangen; er beglückwünschte den heil. Vater zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. — Der Kaiser von Brasilien sprach in seiner Kammer-Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß der Zwiespalt mit England demnächst beseitigt und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden können. — Der Minister der schönen Künste, Marschall Vaillant, hat den Bildhauer Dantan jun. beauftragt, eine für das Konservatorium der Musik bestimmte Marmorbüste Meyerbeer's anzufertigen. — Nächsten Dienstag wird vor dem Zuchtpolizei-Gericht eine Angelegenheit zur Verhandlung kommen, die voraussichtlich, sowohl wegen der Sache selbst, als der Betheiligten, große Sensation machen wird. Es handelt sich um das bisher unerklärte Verschwinden einer beträchtlichen Anzahl von Aktien der „ports de Marseille" im Augenblick der Fusion mit der Pereire'schen Immobiliargesellschaft.

Die Börse war, wo möglich, noch geschäftsloser als am Samstag. Käufer und Verkäufer harrten der Dinge, die da aus London kommen sollen. Rente 67.10 (au comptant 66.90). Mob. 1147.50. Ital. Anl. angeboten zu 70.10 und 69.80 au comptant.

Spanien.

Madrid, 4. Juni. Der „Epoca" zufolge ist der hiesige peruanische Konsul mit Vollmachten zur Schlichtung der zwischen der spanischen und der peruanischen Regierung obschwebenden Zwistigkeiten bekleidet worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Juni. (Nordd. Allg. Ztg.) Ein früheres Mitglied des dänischen Volksthings, Rasmus Sörensen, hatte eine an den König Christian IX. gerichtete Friedensadresse entworfen, und wollte am vorigen Sonnabend von Kopenhagen nach Jütland reisen, um das als Manuskript gedruckte Schriftstück seinen Freunden und Bekannten zur Unterschrift vorzulegen, als er plötzlich verhaftet wurde. Ein Polizeiinspektor und zwei Polizeidiener erschienen in seiner Behausung, belegten die vorgefundenen gedruckten Adressen mit Beschlag, und brachten ihn in einer Droschke nach der Polizei. Hier hatte er vor dem Polizeidirektor ein weitläufiges Verhör zu bestehen, welcher den von Sörensen beabsichtigten Schritt als „unpatriotisch für einen christlichen Mann" bezeichnete. Nachdem derselbe bis Montag Mittag im Gefängniß zurückgehalten, wurde er nochmals von einem Richter verhört, welcher besonders wissen wollte, ob Sörensen noch Mitschuldige habe. Er wurde nun mit der Bemerkung entlassen, daß ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden solle. Die Drucksachen verblieben aber in Beschlag, weil der Name und die Wohnung des Druckers auf ihnen fehlten.

Kopenhagen, 5. Juni. Die „Berl. Ztg." vom 4. Juni Abends meldet: Es ist Grund zu bezweifeln, daß es Dänemark war, welches in der letzten Konferenzsitzung den englischen Vermittlungsvorschlag ablehnte.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 4. Juni. Bei Gelegenheit der Ueberreichung des Abstimmungsergebnisses an den Fürsten Kusa fanden hier gestern große Festlichkeiten statt, die in einem Tedeum und einer Parade bestanden. Der Fürst reist morgen nach Konstantinopel ab. Die in den Donaufürstenthümern lebenden Polen haben an ihn eine in warmen Ausdrücken abgefaßte Glückwunschadresse gerichtet.

Es wird versichert, daß von der Pforte ein Beziralschreiben an die Regierung zu Bukarest ergangen ist, worin sämmtliche auf den Staatsstreich bezügliche Akte des Fürsten Kusa, als mit den Bestimmungen der von den Mächten garantirten Konvention von 1858 im Widerspruch stehend, für null und nichtig erklärt werden, und es heißt, daß die Pforte nicht gesonnen sei, bei diesem Protest stehen zu bleiben, sondern eifrig mit den Mächten über eine schleunige Intervention unterhandle.

Bukarest, 5. Juni, Abends. Fürst Kusa ist heute mit großem Gefolge über Kustendsche nach Konstantinopel abgereist. Mit ihm reisen: Fürst Cantacuzeno, General Fioresco, Balanesco, Baligo und Dr. Davila.

Großbritannien.

London, 4. Juni. Von den Wochenblättern enthält sich diesmal der „Economist" einer selbständigen Betrachtung über die deutsch-dänische Frage. Er bringt dafür eine ausführlich und gut geschriebene Zuschrift von einem „Preußen und Abonnenten", der dem „Editor" die Ueberzeugung beizubringen sucht, daß Deutschland guten Grund habe, sich über die Sprache der englischen Presse zu beschweren, und daß die Schuld der gegenseitigen Mißstimmung und Entfremdung an England liege, nicht an Deutschland.

Die „Saturday Review", welche die Theilung Schleswigs schon als unvermeidlich betrachtet, sagt:

Wo auch immer die Grenzlinie gezogen werden möge, — es wird gut sein, die Rechte der Bevölkerung auf der einen wie auf der andern Seite der Redlichkeit der betreffenden künftigen Regierung anzuvertrauen. Es wäre unerträglich, wenn der Deutsche Bundestag fortführe, sich in die Kirchspielstreitigkeiten von Angeln einzumischen, um Ausreden für einen künftigen Krieg zu sammeln. Stipulationen über Privatrechte sind unnütz, wenn sie sich nicht zu einer Schirmherrschaft erheben, die aber wieder mit der Unabhängigkeit unvereinbar ist. Wenn die Dänen nur von der Sicherheit ihres Besitzstandes in Schleswig überzeugt sind, werden sie wenig Grund haben, sich wie früher um deutsche Katechismen und Firmelungen zu kümmern. Ihrerseits kann die deutsche Regierung sich getrost auf das unvermeidliche Vordringen der gebildetern und mehr kosmopolitischen Sprache verlassen.

Ueber die von England vorgeschlagene Neutralisirung Kiels äußert sich die „Saturday Review" mit großem Aerger. Das perfide Albion — meint sie — hätte einen weit bessern Ruf, wenn es seine Selbstsucht nicht so prahlerisch zur Schau trüge. Kurz gesagt, der Vorschlag sei eine Dummheit sonder Gleichen. Eine deutsche Flotte könne auch anderwo als in Kiel gebaut werden, und jedenfalls werde sie den Russen gefährlicher sein als den Engländern.

„Weekly Despatch" schwärmt für die skandinavische Union. Der „Examiner" enthält zwei Zuschriften; die eine beweist, daß England im Handumdrehen Deutschland vernichten könnte; die andere, daß ein englischer Krieg gegen Deutschland ein kolossales Opfer für den englischen Handelsstand, daß er vergeblich und sinnlos wäre.

Amerika.

Neu-York, 21. Mai. Die bis jetzt amtlich bestätigten Verluste unserer Armee unter Grant während der letzten Schlachten betragen 35,100 Mann. Die letzte Depesche sagt: „Obwohl gestern (20. Mai) ein lebhafter Kampf zwischen beiden Armeen in Virginien stattfand, so ist doch gewiß, daß Grant sich so eben auf die riesenhafteste Schlacht dieses Krieges vorbereitet." — Der Präsident hat am 19. d. eine Proklamation erlassen, in welcher er erklärt, „daß Bürger der Union, welche als Konsuln fremder Regierungen fungiren, nicht der wieder bevorstehenden Konskription enthoben sind; zu gleicher Zeit wurde mitgetheilt, daß, da C. Hunt, belgischer Konsul in St. Louis, sich bemüht habe, sich von der Konskription zu befreien, ihm hiermit das Exequatur entzogen sei."

* **Neu-York**, 26. Mai. Vom Kriegsschauplatz in Virginien wird gemeldet, daß Grant den 20. nach Südosten vorrückte, indem er den rechten Flügel Lee's umging, um Letztern zu zwingen, Spotsylvania zu verlassen. In Folge dieser Bewegung wandten sich die konföderirten Korps Ewell's und Longstreet's nach Süden. Hancock, der von einem andern Unionistenkorps unterstützt war, besetzte eine Stellung am Südufer des Flusses North-Anna, wo er einen Angriff der Südlichen zurückschlug. Am 24. war Grant bei Mount-Cakmels Kirche. Die Ermüdung seiner Truppen hatte ihn genöthigt, an diesem Ort zu bleiben. Es geht das Gerücht, Hancock und Warren seien am Flusse South-Anna angelangt. Lee hatte sich über diesen Fluß nach Hanovre-Court-House zurückgezogen. Das Vorwärtsgehen Grant's war von mehreren Scharmützeln begleitet, in welchen die Unionisten etwa 1000 Gefangene gemacht haben sollen; es kam jedoch nicht zu einem allgemeinen Kampfe. Die Südstaatlichen haben die Verschanzungen Butler's angegriffen, sind aber

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zurückgeschlagen worden. Es ist von neuem das Gerücht in Umlauf, Beauregard sei zu Lee gestoßen.

Man meldet aus Louisiana, daß die Armee Bank's und die von Porter befehligte Flotte bei Sumnsport sind. In Georgien hat Sherman, nach einem Halt von zwei Tagen, die Verfolgung Johnstone's bis über Kingston hinaus fortgesetzt. — Die letzten Nachrichten von der Armee Lee's melden, daß sie eine starke Stellung zwischen den Flüssen North-Anna und South-Anna inne hat, und daß Grant zwei bis drei Tage nöthig hat, um seine Operationen zu entwickeln.

* **Neu-York,** 26. Mai. Die südstaatliche Kavallerie hat das Fort Powhattan angegriffen; sie wurde zurückgeschlagen. Der General Fitz-Hugh-Lee hat Wilsons-Woharf am Jamesfluß angegriffen, wurde jedoch zurückgeschlagen.

Neu-York, 26. Mai. (Per „Africa" und „Hecla".) Seward hat der französischen Regierung erklärt, die Resolution des Repräsentantenhauses in Betreff Mexiko's sei der wahre Ausdruck der Volksstimmung; indessen habe der Präsident allein die Entscheidung und werde vorerst an seiner bisherigen Politik festhalten.

Australien.

Nach den neuesten Berichten aus Melbourne vom 25. April hatten in Neu-Seeland 2 Gefechte mit den Maoris stattgefunden. In dem ersten Gefecht, bei Maungatahire, hatten die Eingebornen, in dem zweiten dagegen, bei Taracht, die Engländer unterlegen. Der Verlust der Letzteren in beiden Gefechten betrug 80 Todte und Verwundete. Ein baldiges Ende dieser Kämpfe gilt nicht für wahrscheinlich.

Badischer Landtag.

† Karlruhe, 4. Juni. 17. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Fortsetzung.)

Graf Hennin: Bei der heutigen Berathung über den Vorschlag einer neuen Zusammensetzung der Ersten Kammer wird vor Allem der hohe Ernst der Frage hervortreten, ob wirklich solche gewichtige Gründe vorhanden sind, die uns bewegen müssen, bei der großh. Regierung — ohne deren Initiative abzuwarten — Ergänzungen und Abänderungen einer Verfassung anzuregen, die seit bald einem halben Jahrhundert das Palladium unserer Rechte und Freiheiten war. Ich bekenne offen, daß ich von einer gewissen ängstlichen Scheu vor Verfassungsabänderungen nicht frei geblieben bin, und daher diese Frage mich seit Begründung der vorliegenden Motion lebhaft bewegt und beschäftigt hat; daß ich aber nunmehr nach reiflicher Prüfung mit meinem Gewissen zur Ueberzeugung gekommen bin, diese Frage müsse im Interesse der Ersten Kammer selbst und zur Beförderung und Neubelebung des Ansehens und des Vertrauens derselben im Lande bejaht werden.

Das Bedürfniß einer Verstärkung und Kräftigung der Ersten Kammer ist seit mehr als 20 Jahren wiederholt durch Motionen und auf andere Weise hier allseitig anerkannt worden, in neuerer Zeit aber besonders fühlbar geworden, theils in Folge der immer geringer werdenden Theilnahme so vieler Berechtigten an den landständischen Verhandlungen, theils in Folge der großen gesetzgeberischen Arbeiten, zu deren Bewältigung die kleine Zahl der Mitglieder, ohne Gefahr für eine gründliche Erledigung, nicht mehr hinreicht.

Was aber das Bedürfniß einer Neugestaltung der Ersten Kammer besonders fühlbar macht, und den gegenwärtigen Zustand in die Länge kaum mehr haltbar erscheinen läßt, ist die immer lebhafter hervortretende Ueberzeugung, daß die Verhältnisse und Interessen des Landes, namentlich derjenigen Klassen, deren Vertretung in Erster Kammer von besonderer Bedeutung ist, sich seit der Zeit der Verkündung der Verfassung so vielfach verändert haben, daß eine diesen Veränderungen entsprechende Vervollständigung der Zusammensetzung der Ersten Kammer geschehen muß, und zwar in der Weise, daß der Kern der Ersten Kammer aus Männern von möglichst unabhängiger Lebensstellung und von dem natürlichsten Interesse an einer fortschreitenden und nachhaltigen Wohlfahrt des Landes bestehe.

Unsere Hauptaufgabe wird dabei sein müssen: mit billiger Rücksichtnahme auf bestende Einrichtungen die größtentheils auf ruhmvoller Vergangenheit beruhenden historischen Verhältnissen und Berechtigungen möglichst in Einklang zu bringen mit den unverkennbaren Bedürfnissen und Interessen der neuern Zeit, indem wir dadurch zur Aufführung eines Baues beitragen, der sich nicht allein auf die Vergangenheit stützt, sondern auch zur Wahrung und Beförderung der Interessen der Gegenwart und der Zukunft errichtet wird.

Auf diese allgemeinen Vorbemerkungen kann ich mich — unter Vorbehalt der speziellen Diskussion bei den einzelnen Punkten — um so mehr beschränken, als die allgemeinen Erwägungen in dieser hochwichtigen Sache in so erschöpfender, würdiger und zugleich rücksichtsvoller Weise im Kommissionsbericht niedergelegt sind.

Geh. Rath v. Mohl: Ich kann mich nicht enthalten, einige Bedenken auszusprechen; es wird dies vielleicht gerade dazu dienen, die Sache von allen Seiten zu beleuchten. Es ist mir nicht ganz leicht geworden, ein rundes, klares Urtheil darüber zu gewinnen, was durch die Motion und die Kommissionsvorschläge erreicht werden soll, weil eine Reihe von verschiedenen Zwecken gleichzeitig verfolgt wird und die vorgeschlagenen Mittel in diese verschiedenen Zwecke und Mittel so herüber und hinüber eingreifen, daß ein Mittel nach dieser Seite hin vielleicht sehr geeignet, nach einer andern dagegen als weniger angemessen erscheint.

Es sind nun hauptsächlich vier Punkte, die geordnet werden sollen:

Einmal soll dem nicht länger zu duldenden Uebelstand der zu geringen Frequenz der Kammer abgeholfen werden. Allerdings darf ein wesentlicher Theil des Staatsorganismus nicht in einem Zustand bleiben, wodurch er möglicher Weise die ganze Staatsmaschine stillstehen macht. Es soll also hingewirkt werden auf eine regelmäßige, hinreichende Frequenz dieses Hauses.

Sodann — und dies hängt zum Theil mit dem ersten Punkt zusammen — soll die Zahl der Mitglieder erhöht werden. Als Mittel, die Frequenz zu sichern, ist dies nicht ganz zuverlässig; denn was bei der augenblicklichen nominellen Mitgliederzahl von etwa 30 möglich ist, kann auch bei einer solchen von 40 eintreten. Allein die Erhöhung der Mitgliederzahl hat ihre Berechtigung, denn gegenüber der Zweiten Kammer ist es von Interesse, daß das Haus zahlreicher sei, insbesondere für den Fall, daß die Stimmen getheilt und die bejahenden im Widerspruch mit der Zweiten Kammer sind, wo dann eine Stimme so viel wiegt, als 6 bis 8 des andern Hauses.

Eine verhältnißmäßige Zahl von Mitgliedern ist für dieses Haus immer wichtig, wenn man auch in politischen Dingen nicht Alles mit dem Einmaleins entscheiden kann.

Ferner wird die konstitutionelle Aenderung des innern Wesens der Zusammensetzung dieses Hauses beantragt.

Endlich wird ein Vorschlag gemacht, wie bei Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Kammern eine Ausgleichung stattfinden könne. Der letzte Vorschlag ist wohl nur aus Zweckmäßigkeitsgründen angehängt worden, denn mit dem Wesen der früheren Sätze hat er nichts zu thun. Ich gestehe, ich halte nicht viel von gemischten Kommissionen: in der Regel gehen beide Theile ohne Resultat wieder auseinander.

Die drei ersten Punkte sind nun näher in's Auge zu fassen. Es soll also vor Allem die Frequenz des Hauses derart gesichert werden, daß immer und unter allen Umständen eine giltige Sitzung stattfinden kann. Dazu sind zwei Mittel vorgeschlagen: die Einführung der Stellvertretung und die Erhöhung der Zahl der Mitglieder.

Die Stellvertretung soll eingeführt werden für die Standesherren und den Erzbischof. Ich bin kein Freund der Stellvertretung bei politischen Rechten. Ich will noch so weit darin gehen, den Nachfolger in der Standesherrschaft, der die nämliche Stellung etwa hat wie der Vater, als Vertreter desselben, wenn dieser etwa wegen Alter u. drgl. sich zurückzieht, zuzulassen, ebenso den Generalvikar, der die nämliche Anschauung haben wird, als Vertreter des Bischofs — aber weiter möchte ich nicht gehen. Die Bedeutung der Standesherren überhaupt besteht offenbar in ihrer Geschichte, ihrem großen Besitz, der Weltstellung, die sie dadurch haben, der Erfahrung, die sie in dieser Stellung sich erworben. Sie sind ein vornehmes — Sie werden den Ausdruck nicht mißverstehen — sehr konservatives Element der Berathung in politischen Dingen. Dies Alles kann aber durch Stellvertretung nicht übertragen werden. Die übrigen Mitglieder dieser Häuser haben nicht diese Stellung zum Besitz, sie werden vielleicht nie berufen, in jene Stellung einzutreten, es können vielleicht jüngere Söhne jüngerer Linien sein, die berufen werden müssen. Diese aber können höchstens die Zahl der abwesenden Standesherren ersetzen, nicht den Sinn und die Bedeutung.

Geholfen muß allerdings werden, allein es gibt noch andere Mittel. In Württemberg z. B. wird die Kammer, die nicht zahlreich genug besucht ist, um Sitzungen zu halten, als den Beschlüssen der andern zustimmend angesehen.

Es gibt vielleicht noch weitere Mittel, jedenfalls aber ist die Stellvertretung nicht das einzige, um eine größere Frequenz herbeizuführen.

Der zweite Punkt ist: die Zahl der Mitglieder soll erhöht werden. Das ist nur zweckmäßig und billig. Die Autorität des Hauses, die Reichhaltigkeit der Berathungen kann nur dabei gewinnen. Ob aber die Kategorien, aus denen die neuen Mitglieder genommen werden sollen, richtig gewählt sind, ist eine andere Frage. Ich sehe nicht ein, weßhalb man hier insbesondere die Städte in Anspruch nimmt, nachdem sie sogar über das Verhältniß ihrer Bevölkerung hinaus in der Zweiten Kammer bereits vertreten sind. Man hat auf die Beispiele anderer Staaten hingewiesen, insbesondere das preußische Herrenhaus. Allein ich halte diese Beispiele für keine glückliche Kombination. Die Korporationen als solche, sagt man, sollen nicht vertreten sein; allein die Städte sind ja auch Korporationen, und die spezifisch städtischen Interessen gegenüber den ländlichen werden von den Abgeordneten der Städte in der Zweiten Kammer schon mehr als hinreichend vertreten. Dort sind allerdings verschiedene Interessen vorhanden; meiner Ansicht nach aber sollte die Zweite Kammer überhaupt nach großen Interessen, die erste mehr von allgemein staatsmännischem Gesichtspunkt aus behandelt und zusammengesetzt sein.

Eine weitere Vermehrung der Mitglieder wird möglich werden durch weitere Ernennung erblicher Landstände. Daß dabei, wie vorgeschlagen wird, die Kammer selbst zustimmen soll, ist neu, und wäre wohl noch näher zu überlegen.

Eine Garantie wird allerdings gegeben werden müssen; ob aber die Kammer selbst die Vorschläge machen soll, scheint mir zweifelhaft.

Endlich werden noch die Vertreter der Industrie als weitere Kategorie vorgeschlagen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Industrie von immer steigender Bedeutung ist; und wenn die Erste Kammer überhaupt die Interessen vertreten soll, so bin ich einverstanden, daß die Industrie darin gleichfalls eine Vertretung erhalte. Ja, ich würde sogar weiter gehen, als die Kommissionsvorschläge. Ob aber das Steuerkapital dabei allein maßgebend sein soll, ist eine andere Frage.

Statt der Vertretung neuer Kategorien in der Kammer gibt es übrigens noch andere Mittel, die Zahl der Mitglieder zu erhöhen. Es könnten auch einzelne der schon bestehenden Kategorien verstärkt werden; es könnte z. B., wie die Motion vorschlug, ein Vertreter der Polytechnischen Schule aufgenommen, der gelehrten Bildung überhaupt, vielleicht den Kirchen eine stärkere Vertretung eingeräumt werden.

Der Hauptpunkt der Motion endlich ist eine wesentliche Aenderung des politischen Prinzips in der Zusammensetzung der Kammer: an die Stelle der Grundherren soll eine Anzahl der Vertreter des großen Grundbesitzes treten.

Mit dem Lobe, das den bisher Berechtigten ertheilt wurde, bin ich vollkommen einverstanden. Sie bringen ein Recht zum Opfer, und es ist immer dankenswerth, wenn dies aus patriotischen Motiven geschieht.

Auch dagegen habe ich nichts, daß der große Grundbesitz eine bevorzugte Stellung erhalte, wenn er sich im Lauf der Zeit hinsichtlich der persönlichen Verhältnisse dazu geeignet gezeigt hat.

Allein die Hauptfrage, die hier zu beantworten ist, ist die: Ist es richtig, die Erste Kammer mehr und mehr zur Vertretung der Interessen zu machen? Denn Das geschieht. Der große Grundbesitz, die große Industrie, die wissenschaftliche Bildung, die Kirche werden vertreten — freilich in verschiedenen Zahlenverhältnissen.

Das halte ich nicht für richtig. Die Erste Kammer sollte die staatliche Einheit, die Zweite die Verschiedenheit der Interessen vertreten. Während diese sich von dem bunten Leben der Interessen bewegen läßt, sollte jene unabhängiger, vom staatsmännischen Gesichtspunkt aus handeln. Ich habe das an anderer Stelle ausführlich entwickelt, ohne freilich viel Beifall zu finden — allein es ist meine Ueberzeugung, und ich glaube darauf aufmerksam machen zu müssen: es ist nicht richtig, daß die Zweite Kammer die allgemeinen Rechte und Interessen, die Erste die besonderen Interessen vertritt. Will man doch ändern, so möchte ich eher glauben, daß die Zusammensetzung der Zweiten Kammer eine Aenderung erleiden, bei uns dagegen eine größere Einheit hervorgerufen werden sollte.

Gegen die Stellung der Motion habe ich natürlich nichts einzuwenden; mein Urtheil und meine Abstimmung über die einzelnen Punkte muß ich mir aber vollkommen reserviren, wenn einst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden wird. (Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 7. Juni. 55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte aus der Gemeinde Bruchsal, die Schulreform betreffend.

2) Bitte der Gemeinde Eppingen, den Bau einer Eisenbahn über Eppingen betr.; übergeben vom Abg. Paravicini.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Prestinari erstatteten Berichts über das Budget der Rechtspolizei. In dem Schreiben, welches der Hr. Staatsminister der Justiz unter'm 9. v. M. mit höchster Ermächtigung an das Präsidium der Kammer gerichtet hat, wird angenommen, daß die Verwaltung der Rechtspolizei in der neuen Organisation bei 3 Amtsgerichten (Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg) je zwei Beamte, und bei 21 Amtsgerichten je einen Beamten vollständig beschäftigen werde. Es sollen deßhalb für diesen Geschäftszweig bei 24 Amtsgerichten 27 Beamte mit Staatsdiener-Eigenschaft und mit einer durchschnittlichen Besoldung von 1200 fl. angestellt werden. Bei den übrigen 42 Amtsgerichten soll je ein Notar als Gerichtsnotar mit einem durchschnittlichen Gehalt von 600 fl. die Geschäfte der Rechtspolizei besorgen. Selbst bei den kleinsten Amtsgerichten scheint es der großh. Regierung, wenigstens zur Zeit und bis die neue Gesetzgebung eingelebt ist, nicht thunlich, die ganze Rechtspolizei dem Amtsrichter ohne Beihilfe eines Gerichtsnotars zu übertragen. Die Kommission spricht dagegen den Wunsch aus, daß bei vorübergehender Verhinderung der Rechtspolizei-Beamten und Gerichtsnotare ihre Geschäfte wenigstens theilweise von den Amtsrichtern besorgt werden. Im Uebrigen beantragt die Kommission die Bewilligung des geforderten Budgetbetrags.

Eine große Mehrheit der Kommission, der jedoch der Berichterstatter nicht zustimmt, beantragt weiter: Hohe Kammer wolle die Erwartung aussprechen, die großh. Regierung werde

1) mindestens die mit Staatsdiener-Eigenschaft anzustellenden Gemeinderechnungs-Revisoren aus der Zahl der seitherigen Amtsrevisoren entnehmen;

2) wo und so bald es thunlich ist, die Rechtspolizei-Geschäfte durch die Amtsrichter besorgen lassen.

Nach kurzer Besprechung wird Ziff. 1 dieses Antrags fallen gelassen, Ziff. 2 verworfen, dagegen der Antrag auf Genehmigung der geforderten Budgetsumme einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 7. Juni. 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 9. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das außerordentliche Budget für 1864 und 1865 — IV. Ministerium des Innern. Tit. XVIII. Wasser- und Straßenbau —; erstattet von dem Abg. Röder. 3) Erstattung und Berathung von Petitionsberichten.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 7. Juni. Bekanntlich war der Reiseverkehr während der letzten Pfingstfeiertage so groß wie kaum jemals früher an diesen Tagen. Wir erfahren z. B., daß derselbe sich auf den großh. badischen Eisenbahnen auf 120,728 Personen belief. Beigefügt verdient zu werden, daß trotz dieser massenhaften Verkehrsbewegung keinerlei Betriebsstörungen vorgekommen sind.

— Vom Mittelrhein, 7. Juni. Von Berlin aus wurde kürzlich die Nachricht verbreitet, der Direktor der landw. Akademie Poppelsdorf bei Bonn, Geh. Rath Hartstein, habe eine Berufung in das badische Handelsministerium zur Leitung der landw. Angelegenheiten erhalten und abgelehnt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird die Mittheilung nicht ungeeignet sein, daß jene Nachricht zwar richtig, aber schon 15 Monate alt ist.

— Frankfurt, 6. Juni. Bei der geschäftsleitenden Kommission der Abgeordnetenversammlung sind vom 16. April bis 31. Mai d. J. an Beiträgen für Schleswig-Holstein eingegangen 48,353 fl. 49 kr. Hierzu der Betrag der (8) frühern Verzeichnisse 481,456 fl. 41 kr., ergibt eine Gesammtsumme von 529,810 fl. 30 kr.

— Wiesbaden, 5. Juni. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung der Deputirten des Mittelrheinischen Schützenbundes wurde beschlossen, daß das diesjährige Hauptschießen im Juli oder August in Frankfurt abgehalten werden solle. Die Versammlung wurde von einem Polizeibeamten überwacht, der, als Prokurator Schenk bemerkte, die Zustände im Herzogthum wären einer Abhaltung des Festes entgegen, sofort einschritt und jede derartige Anspielung verbot.

— Jüngst ist in Leipzig eine Broschüre „Ueber die legitime Erbfolge in Schleswig-Holstein" erschienen, welche in österreichischen und feudalen Blättern mit einer gewissen Hast angekündigt und auch von dem „Moniteur" erwähnt worden ist. Dieselbe ist nach der „Bayer. Ztg." von Hrn. v. Scheel-Plessen verfaßt. Sie behauptet, das durch den Erbvergleich vom 17. Dez. 1833 eingeführte Recht der Erstgeburt könne nur für die damaligen Besitzthümer der Familie gelten; für spätere Erbzufälle aber sei nur eine „freundbrüderliche Ausgleichung" über die Nachfolge statuirt. Nach dem Aussterben der königlichen, dem Verzicht der Gottorp'schen Linie seien nun die einzig übrigen Linien der Augustenburger und der Glücksburger in der Lage, sich über die Nachfolge in den Herzogthümern freundbrüderlich zu verständigen; es seien alle Mitglieder derselben, somit auch König Christian, zur Erbfolge vollkommen gleichberechtigt. Der Bundesversammlung vindizirt er das Recht, die Streitfrage vor einen Vermittlungsausschuß zu bringen, nöthigenfalls im Austrägalweg zu entscheiden. Was die Herzogthümer selbst betreffe, so dürfte es nach seiner Ansicht bei der jetzigen Lage der Dinge nothwendig sein, ihren Rath und ihre Zustimmung zur neuen Ordnung der Verfassungsverhältnisse einzuholen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

6. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27"11,00'''	+12,5	S.W.	schw. bew.	Sonnenbl., kühl
Mittags 2 „	„ 10,73'''	+19,0	„	„ „	Sonnensch. warm
Nachts 9 „	„ 10,02'''	+13,0	„	rein	sternhell, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Verkaufslokal: Carl-Friedr.-Straße, Ecke des Inneren Zirkels. Z.k.398.

Der Krieg mit Dänemark

brachte auch meinem Bruder Marschordre mit den preußischen Truppen nach Schleswig; dies zwingt denselben, sein in **Berlin** bestehendes

Herrengarderobe-Magazin

gänzlich aufzulösen.

Hierzu von demselben beauftragt, soll das noch großartig assortirte Lager fertiger neuester

Berliner Herren-Anzüge und Schlafröcke

entweder im Ganzen oder einzeln während der hiesigen Messe, bei erstaunend billigen Preisen, gänzlich ausverkauft werden.

Empfohlen werden:

Haus-, Comptoir- und Gartenröcke von 2 fl. an.
Tuch-, Buckskin u. Velourröcke, von 9 fl. an.
Lama-, Double- und Ratine-Schlafröcke von 9 fl. an.
Harwik für Reise, Promenade und Jagd von 9 fl. an.
Feine Beinkleider von 4½ fl. an.
Camlot- und Lüstrerröcke von 3½ fl. an.
Sommer-Ueberzieher, elegant, von 9 fl. an.
Fein engl. Buckskin-Beinkleider von 6 fl. an.
Desgl. Jaquet und Twene von 9 fl. an.

Da es anständige Herren genirt, und nicht geeignet ist, Kleidungsstücke in offenen Buden anzupassen, so habe mein **Verkaufslokal: Carl-Friedr.-Straße, Ecke des Innern Zirkels, bei Goldarbeiter Hrn. Bauer.**

Verkaufslokal: Carl-Friedr.-Straße bei Hrn. Bauer.

Z.k.402. **Theaterreihe, letzte Bude, rechts.**

Telegraphische Depesche aus Berlin!

Mein Associé sendet mir die Nachricht, daß das Loco-Geschäft in Berlin außerordentlich schlecht, die Saison bereits weit vorgeschritten, ich unter allen Umständen das noch bedeutende Lager räumen soll. Ich werde daher während der hiesigen Messe die elegantesten

Damenmäntel, Mantelettes, Paletots, Cossaks, Beduinen, Radmäntel, Talmas

u. a. m. zu **beispiellos** billigen Preisen, wie solche am hiesigen Platze noch nicht vorgekommen, zu räumen suchen, und erlaube mir, die geehrte

Damenwelt

aufmerksam zu machen, daß wohl niemals eine Gelegenheit der Art vorkommen dürfte, ihren Bedarf in obigen Gegenständen so spottbillig herstellen zu können.

Gleichzeitig werde ich eine große Parthie

ächte Spitzen-Mantillen, Beduinen, Shawls,

3- und 8-eckig, von **20—280** Francs ausverkaufen.

Hochachtungvoll

Ph. Bytinski & Comp.

aus Berlin,
Königsstraße Nr. 105.
Zur Messe hier letzte Bude rechts, Theaterreihe.
Theaterreihe, letzte Bude.

Z.k.386.

„Helvetia."

Schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft zu St. Gallen,
concessionirt für das Großherzogthum Baden durch hohen Erlaß vom großh. Ministerium des Innern vom 7. Mai 1864.

Die Gesellschaft, welche seit dem Beginne ihres Geschäftes sich der lebhaftesten Theilnahme zu erfreuen hat, übernimmt unter den günstigsten Bedingungen die Versicherung gegen Feuerschaden von Mobilien, Waaren, Fabrikgeräthschaften, Getreide in Scheunen und in Schobern, Vieh und landwirthschaftliche Gegenstände jeder Art, sowie Gebäudefünftel zu möglichst billigen und festen Prämien, so daß unter keinen Umständen Nachzahlungen zu leisten sind.

Prospekte und Antragsformulare für Versicherungen werden jederzeit unentgeltlich verabreicht und jede nur zu wünschende weitere Auskunft stets aufs bereitwilligste ertheilt.

Mannheim, am 1. Juni 1864.

Die General-Agentur für das Großherzogthum Baden,
A. Würth.
Firma: **S. Lederle.**

Neuer Beweis für die Vortrefflichkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs

(echt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider,** Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums). [Z.c.630.

Seit länger als 4 Jahren litt ich an **Brustbeschwerden** und furchtbarem **Herzklopfen**, so daß ich weder Tag noch Nacht Ruhe hatte. Alle angewandte ärztliche Hilfe, die ich in Anspruch genommen, konnte mich von diesem schrecklichen Uebel nicht befreien, bis ich endlich auf Anrathen eines Freundes zu dem von Ihnen erfundenen „Daubitz'schen Kräuter-Liqueur" meine Zuflucht nahm und zu meiner unaussprechlichen Freude schon nach Verbrauch von 2 Flaschen desselben eine völlige Linderung meines Uebels verspürte. In dankbarer Anerkennung für Ihr so wundervolles Getränk und zum Nutzen ähnlich Leidender spreche ich Ihnen hierdurch öffentlich meinen tiefgefühlten Dank aus. Berlin, den 20. Juni 1863. **J. A. Diebel,** Oranienstraße 105.

Z.k.391. **Karlsruhe.**

Verkauf des Gasthauses „zum Kaiser Alexander."

In Folge Auflösung der Gesellschaft „**Bürgerverein**" soll das derselben eigenthümlich angehörige Gasthaus „zum Kaiser Alexander", Karlsstraße Nr. 27, mit Realwirthschaftsgerechtigkeit und vollständiger Gaseinrichtung im Hause selbst

Montag den 4. Juli d. J., Nachmittags 3 Uhr,

durch den großh. Distriktsnotar Grimmer einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt werden.

Das Gebäude, an dem Ludwigsplatze gegenüber der Infanteriekaserne liegend, hat seine Fronten auf die sehr frequenten Karls-, Amalien- und Kleinen-Herren-Straßen und ist hauptsächlich durch den auf dem Ludwigsplatz wöchentlich dreimal abgehaltenen Wochenmarkt, jährlichen Pferdemarkt und der Nähe der Haltstation der Karlsruhe-Maxau-Bahn für die Zukunft als Wirthschaftsgebäude sehr zu empfehlen.

An Lokalitäten besitzt dasselbe:

a) im ersten Stock einen Speisesaal, Wirthschaftszimmer mit Büffet, besonderer Treppe in den Keller, 10 Zimmer, wovon 8 auf die Straße gehend, große Küche mit steinerner Treppe in den Keller, Stallungen für circa 16 Pferde, 3 Wagenremisen, 3 Holzställe, 3 Schweinställe, Waschküche mit anstoßendem Zimmer, 2 zum Durchfahren eingerichtete Einfahrten und einen von der Straße ausgehenden Eingang in das Wirthschaftszimmer;

b) im zweiten Stock einen großen Tanzsaal mit vollständig umlaufender Gallerie, Gaseinrichtung mit 7 Krystallkronleuchtern zu 84 Flammen Gas für Musik auf der Gallerie, zwei besondere Auf- und Abgänge vom ersten Stock in den Saal und auf die Gallerie, großen Speisesaal mit besonderer Treppe für Kellner zur Bedienung von der Küche aus, Eckzimmer mit Balkon, zwei große Wirthschaftzimmer, 1 Bibliothekzimmer und eine im zweiten Stock sich befindende, mit Asphalt gedeckte, heizbare und mit Gas eingerichtete Kegelbahn, nebst anstoßender Garderobeeinrichtung;

c) 5 verrohrte Mansarden, verrohrte Küche, zwei Speicherkammern und sehr geräumige Speicher;

d) gewölbten Keller für circa 100 Fuder bad. M., nebst einer sehr großen, steinernen Kellerstiege.

Es wird hiebei bemerkt, daß sämmtliche Räumlichkeiten vollständig mit Gas eingerichtet, heizbar sind und sich hinsichtlich der Lage und Größe des Gebäudes auch zu jedem andern Geschäft vortheilhaft eignen werden.

Die näheren Bedingungen können jederzeit bei obgenanntem Notar eingesehen werden, und ist das Gebäude mit dem beim Notar zu erfragenden Beamten der Gesellschaft stets einzusehen. Sollte der Anschlag oder ein darüber geschehenes Angebot erfolgen, so wird der Zuschlag durch das anwesende Komitee erfolgen.

Das Komitee.

Z.k.396. Karlsruhe.

Pferdelotterie.

Bei der heute stattgehabten Ziehung sind folgende Nummern mit Treffern gezogen worden:

Nr. 2261,	Gewinn-Nr.	1,	ein	Fuchs,
„ 226,	„	„ 2,	„	Schimmel,
„ 302,	„	„ 3,	„	Braun,
„ 2437,	„	„ 4,	„	Fuchs,
„ 1628,	„	„ 5,	„	Fuchs,
„ 2055,	„	„ 6,	„	Schimmel,
„ 680,	„	„ 7,	„	Braun,
„ 605,	„	„ 8,	„	dto.
„ 585,	„	„ 9,	„	dto.

Die Pferde können gegen Zurückgabe des Looses und gegen Ersatz der Verpflegungskosten bei Herrn Gemeinderath Hoffmann, Amalienstraße Nr. 35, in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 6. Juni 1864.

Die Kommission.

Z.k.361. Cöln. Für mein **Ausländisches Weingeschäft** suche ich einen gewandten, durchaus zuverlässigen, mit der Geschäftsbranche vertrauten **Reisenden** für **Süddeutschland.**

Franko Offerten erbitte mit Angabe der seitherigen Wirkungskreise.

Cöln, im Juni 1864.

Johann Adam Roeder.

Z.k.366. Ottersdorf, Oberamts Rastatt.

Aufstellung des Lagerbuchs.

Sämmtliche Liegenschaften in obiger Gemarkung sind in dem aufgestellten Lagerbuch beschrieben, und dasselbe ist, gemäß Artikel 12 der Verordnung vom 26. Mai 1857 (Regierungsblatt 1857, Nr. 21, Seite 221), von heute an während zweier Monate auf dem Gemeindehause daselbst zu Jedermanns Einsicht aufgelegt; was mit der Aufforderung öffentlich bekannt gemacht wird, daß etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit innerhalb jener Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen sind.

Lichtenthal, den 8. Juni 1864.

Brugger, Bezirksgeometer.

Offene Lehrstelle.

Z.k.346. Ein gesitteter junger Mann aus guter Familie findet in einer Leder- und Spezerei Handlung einer größern Stadt des Mittelrheinkreises eine Lehrstelle. Eintritt sogleich. — Franko Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Pferdeverkauf.

Z.k.400. Eine fehlerfreie, 9jährige, braune Stute, geritten und eingefahren, ist zu verkaufen. Zu erfragen bei der Exped. d. Blattes.

Z.k.408. Nr. 113. Bruchsal.

Pferde-Versteigerung.

Am nächsten Freitag den 10. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, werden vor den Dragonerstallungen im Bauhof dahier

5 Stück ausrangirte Militärpferde

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bruchsal, den 7. Juni 1864.

Verrechnung des großh. (1.) Leib-Dragonerregiments.
Kamm.

Frankfurt, 6. Juni 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102½ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79⅞ P.	„	4½% do.	102⅜ P.
„	5% do. 1859 „ „	78⅞ bez.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	92 P.	„	3½% do.	92⅝ P.
„	5% Benet. C. b. R. 6/7	83½ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68½ bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91½ G.
„	5% Met.-Obligat.	61⅝ G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91⅛ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	62 G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54¾ G.	Frankf.	3½% Obligation.	97½ bez.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	100⅞ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¼ bez.
„	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88¼ P.
„	3½% Staatssch.	90⅛ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102¼ P.	„	4¼% Schuld	45 P.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	100½ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ G.
„	4% Ablös.-Rente	100⅛ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	97½ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	101 P.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	94¼ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	61⅝ P.
„	3½% do. v. 1842	93⅛ P.	„	6% do. r. 1882	59½ P.
G.Hess.	5% Obligation.	102 P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	100 P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139¼ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅜ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	800 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50¾ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	201 b. G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76½ P
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	223 bez.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79½ b. G.
4% Weimar. Bank-Aktien	94 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	72 P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98¼ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83¼ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105½ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101⅜ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	314½ G.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	100¼ G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 P.	4½% Ldwb.-Verb. Pr.-Obl.	103 G.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111½ G.	4% „ „ „	98⅝ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68½ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99¼ G.
Rhein-Nahe-Bahn	29 P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	145½ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245½ G.
4% Neustadt-Dürkheimer	99 P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111⅝ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅜ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152¾ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	127¾ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	91 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.	
Oest. 250 fl. b. R 1839	133 P.
„ 250 fl. „ 1854	78¾ P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	134⅝ G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅝ G.
„ 100 fl. v. 1864	96½ G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ G.
Bad. 50-fl.-Loose	111 P.
„ 35-fl.-„	52¼ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	— —
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	138⅛ P.
„ 25 fl. „ „ „	36¾ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 G.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	36 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ G.

Wechsel-Kurse.		
Amsterdam	k.S.	100⅛ G.
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	96¾ B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118⅞ G.
Maild. i. Fr. 200	„	93¾ G.
München	„	100 B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		94⅛ bez.
Wien	k.S.	102½ B.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.		
Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 24 -25
Engl. Sover.	„	11 50 -54
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45⅛-45⅜
Doll. in Gold	„	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)